

Vorlagen-Nr. **130/2022**

öffentlich	X
nichtöffentlich	

Fachbereich: Kommunikation & Koordination

Wilhelmshaven, 22.04.2022

## Beschlussvorlage an den RAT

### TOP: Finanzierung LNG-Terminal

Beratungsfolge	Sitzungstag	Abstimmung		
		Ja	Nein	Enth.
Verwaltungsausschuss	04.05.2022			
Rat	04.05.2022			

#### Beschlussvorschlag:

- Der Rat der Stadt Wilhelmshaven begrüßt die Errichtung eines neuen Anlegerkopfes an der UVG-Brücke im Zuge der beabsichtigten Inbetriebnahme eines LNG-Terminals in Wilhelmshaven und stimmt diesem Vorhaben zu.
- ~~Das Land Niedersachsen beabsichtigt, zur Finanzierung dieses Vorhabens höchstens 40 Mio. € aus den Mitteln der Strukturförderung „Kohleausstieg“ zu entnehmen und diese Mittel später wieder dem Strukturhilfefonds zuzuführen. Deswegen wird das Land gebeten, zeitnah eine rechtsverbindliche schriftliche Verpflichtungserklärung abzugeben, dass die entsprechenden Mittel der Strukturhilfe wieder zugeführt oder auf andere Art und Weise innerhalb des Förderzeitraums zur Verfügung gestellt werden.~~

*Das Land Niedersachsen beabsichtigt zur Finanzierung dieses Vorhabens höchstens 40 Mio. Euro aus der Strukturförderung „Kohleausstieg“ zu entnehmen. Der Rat erwartet, dass das Land die entnommenen Mittel im Zuge des nächsten Landshaushaltes mit einem verbindlichen Rückzahlungsplan in den Strukturhilfefonds zurückführt. Mit Schreiben vom 14.04.2022 hat Herr Staatssekretär Wunderling-Weilbier gegenüber dem Landkreis Friesland und der Stadt Wilhelmshaven versichert, dass die Frau Ministerin Honé und die Herren Minister Lies und Dr. Althusmann darüber einig sind, dass die Fördermittel zur Finanzierung des Vorhabens später wieder in die Strukturhilfen für den Steinkohlestandort Wilhelmshaven zurückgeführt werden sollen.*

3. ~~Der Oberbürgermeister wird ermächtigt und beauftragt, die Zustimmung zur Verwendung der Mittel gemäß Ziffer 2. dieses Beschlusses nach Eingang der Verpflichtungserklärung des Landes gegenüber dem Land unverzüglich zu erteilen.~~  
*Der Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven wird ermächtigt und beauftragt, die Zustimmung zur Verwendung der Mittel gemäß Ziffer 2 dieses Beschlusses gegenüber dem Land unverzüglich zu erteilen.*
4. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven geht davon aus, dass das Land die Zustimmung der weiteren Mitglieder des Runden Tisches gemäß Verwaltungsvereinbarung „Strukturhilfen“ eingeholt hat.

*(geändert auf Antrag von Oberbürgermeister Feist im Rat am 04.05.2022)*

gez. \_\_\_\_\_

Schönfelder  
Erster Stadtrat

gez. \_\_\_\_\_

Feist  
Oberbürgermeister

## **Begründung:**

Spätestens seit der Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz im Deutschen Bundestag zum Krieg in der Ukraine am 27. Februar 2022 ist Wilhelmshaven als Energiestandort für Gas und regenerative Energie in den nationalen Fokus gerückt. Der Kanzler hat in seiner Rede unsere Stadt als Standort für ein Flüssiggas-Terminal definiert, um damit eine stärkere Autonomie von russischem Erdgas und mehr Versorgungssicherheit mit dem Primärenergieträger Gas zu erreichen. Zwischenzeitlich hat der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil erklärt, dass bereits im ersten Quartal 2023 Flüssiggas über Wilhelmshaven importiert werden soll; dabei ist ein Volumen von 20% der bisher aus Russland bezogenen Mengen in Planung, welches im Jahresverlauf 2023 auf bis zu 40% erweitert werden soll.

Das Volumen und vor allem die Umsetzungsgeschwindigkeit stellen Bund, Land und auch unsere Stadt sowie die industriellen Partner vor riesige Herausforderungen. Wir sind uns gemeinsam der Verantwortung bewusst, im nationalen Interesse angesichts des Angriffskrieges von Putin gegen die Ukraine alles tun zu wollen und zu müssen, um für die Bevölkerung und die Wirtschaft in unserem Land die Versorgung mit Gas sicherzustellen.

Neben Fragen von Planung und Genehmigung der Infrastruktur (Anleger, Terminal, Pipeline etc.) muss auch die Finanzierung des Vorhabens mit extrem hoher Geschwindigkeit geschultert werden. Das Land Niedersachsen plant, die Seebrücke für die Anlandung von Flüssiggas als landeseigene Infrastruktur zu errichten und zu betreiben. Aus Mitteln der für die Stadt Wilhelmshaven vorgesehenen Strukturförderung „Kohleausstieg“ (insgesamt 157 Mio. €) sollen dazu bis zu ~~45~~ 40 Mio. € als „politischer Kredit“ entnommen und später zurückgeführt werden. Ein Schreiben von Staatssekretär Wunderling-Weilbier in dieser Sache ist dieser Beschlussvorlage als Anlage beigefügt.

Es muss sichergestellt werden, dass das entnommene Finanzvolumen in voller Höhe in die Strukturhilfe „Kohleausstieg“ zurückgeführt wird, da die Stadt Wilhelmshaven und die Region auch diese Herausforderung zu bewältigen haben und dafür eine entsprechende Finanzausstattung benötigen. Der Import von Flüssiggas ist eine nationale Aufgabe und kann nicht aus Mitteln finanziert werden, die für kommunale Transformationsprozesse benötigt werden.

Wilhelmshaven stellt sich seiner nationalen Verantwortung als Energiedrehscheibe 2.0/Energy-Hub. Wir erwarten, dass Bund und Land in enger Verantwortungsgemeinschaft alle Anstrengungen unternehmen, damit die Stadt und die Region eine Wertschöpfung aus dieser Aufgabe generieren können.

Für die Stadt Wilhelmshaven liegen in diesen Herausforderungen große Chancen für die zukünftige Entwicklung – insbesondere mit Blick auf die zukünftige Versorgung mit grünem Wasserstoff (Produktion, Import, Lagerung, Vertrieb, Produktentwicklung etc.).